



Claus Schaffer zum Bericht der Landesregierung über das Onlinezugangsgesetz (TOP 12):

## „eGovernment gelingt nur mit den Bürgern, nicht über sie hinweg“

Kiel, 28. März 2019 **Bis 2022 soll in Schleswig-Holstein ein eGovernment entstehen, das den Bürgern ermöglicht, alle Verwaltungsleistungen digital abzufragen. Auch kommunale Behörden sollen durch das Land personell und finanziell dahingehend ausgestattet werden. Claus Schaffer, netzpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Bürger wünschen sich vor allem einen vereinfachten Zugang zur Verwaltung und deren Serviceleistungen. Der bisherige Weg zur digitalen Verwaltung ist jedoch mit zahlreichen gescheiterten Projekten gepflastert. DEMail, eAusweis oder eAkten legen davon Zeugnis ab. Wenn Schleswig-Holstein nun mit seiner Digitalisierungsstrategie Vorreiter werden möchte, gilt es, Fehler nicht zu wiederholen.

Digitale Systeme und Dienste sind nur dann erfolgreich, wenn sie anwenderorientiert gestaltet, zugänglich, verfügbar und leicht bedienbar sind. Um dieses Ziel zu erreichen sind neben einer zuverlässigen IT-Infrastruktur auch hohe Standards im Bereich Kommunikationsdesign und Anwendungsdesign zu erfüllen.

Systeme einer digitalen Verwaltung erfüllen diese Kriterien dann absehbar nicht, wenn Bürger und ihre Bedürfnisse im Entwicklungsprozess unberücksichtigt bleiben. Daher ist es zwingend geboten, kundige Vertreter aus der Ebene der Sachbearbeiter in den Entwicklungsprozess einzubeziehen.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern muss ein Teilschritt sein auf dem Weg zu einer öffentlichen Verwaltung, die sich an den Bedürfnissen des Bürgers ausrichtet. Dazu müssen auch nicht-digitale Strukturen und interne Abläufe auf den Prüfstand.“